

## Anforderungen an einen Sozialstaat des 21. Jahrhunderts aus Gender- und migran-tischer Perspektive - Ausschreibung für die Förderung einer Post-doc-Stelle an For-schungsinstitutionen in Deutschland durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

### Bewerbung durch Post-doc-Aspirant\*innen (Frauen werden ausdrücklich zu einer Bewerbung aufgefordert) und Forschungsinstitutionen

*Einleitung:* Der Sozialstaat ist unter Druck. Seit Jahrzehnten wird neoliberal umge-baut. Er ist in der Summe nicht kleiner geworden verglichen mit dem Sozialstaat der Nachkriegszeit und dem der 1970er Jahre. Seine Funktionsweise wurde jedoch weitgehend verändert.

Durch die Einführung von mehr Wettbewerb und betriebswirtschaftlichem Denken (New Public Management) wurde die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge von der Gesundheit über Bildung und Soziale Dienste bis hin zu Wohnen „effizienter“ ge-staltet - zugleich muss sie neue Herausforderungen bewältigen. So hat sich zum einen das Erwerbsmodell vom (i.d.R. männlichen) Alleinverdiener aufgrund verän-derter Lebens- und Beziehungsformen zum Doppelverdienermodell gewandelt mit neuen Herausforderungen für die soziale Absicherung und Care.

Mit der Zunahme der Migration wiederum stellen sich neue Herausforderungen für den Zugang zu und die Realisierung von (sozialstaatlichen) Rechten.

Das Ergebnis ist ein weitreichender Umbau des Sozialstaats. Während insbesonde-re Leistungen im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit (Unterstützung bei Erwerbslo-sigkeit) drastisch zurückgefahren wurden oder die Eigenbeteiligung an Leistungen gestiegen ist (z.B. im Bereich Gesundheit), wurden andere Bereiche des Sozialstaats während der letzten Jahre erheblich ausgebaut. Dies ist am sichtbarsten beim El-terngeld und in der Kinderbetreuung, aber auch in der Pflege. Allerdings erfolgt auch dieser Ausbau unter neoliberalem Vorzeichen einer employability,; davon pro-fitieren tendenziell eher gut verdienende gesellschaftliche Gruppen.

**Forschungsfelder/Fragestellungen:** Nach fast 40 Jahren neoliberaler „Reformen“, die auf der einen Seite dysfunktionale Verwaltungen, schlechte und unzureichende soziale Dienstleistungen und folglich große Unzufriedenheit in breiten Teilen der Bevölkerung hervorgebracht haben, aber gleichzeitig auch explodierende Unter-nehmensgewinne und enorme Steuerüberschüsse, gibt es ein öffentliches Be-wusstsein dafür, dass ein erneutes Umsteuern notwendig ist. Der Erhalt und Wie-deraufbau des Sozialstaates und der sozialen Daseinsvorsorge/Infrastrukturen ste-hen bei Umfragen in der Bevölkerung wieder hoch im Kurs. Doch wie kann ein postneoliberaler Sozialstaat aussehen? Wie kann er die Gleichstellung der Ge-schlechter und Menschen mit unterschiedlicher Herkunft ermöglichen? Hier kon-kurrenieren linke Neukonzeptionen mit radikal rechten Vorstellungen „exklusiver Soli-darität“.

1. Der Sozialstaat steht auch durch die Folgen neoliberaler Globalisierung unter Druck. Während die radikale Rechte sozialstaatliche Leistungen auf „Deutsche“ beschränken möchte, drängen **drei Menschheitsprobleme** dazu, soziale Sicherung über eine bisher vorwiegend nationalstaatliche Form hinaus zu denken: a) die **globale Ungleichheit** hat sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der meisten Länder ein nie gekanntes Ausmaß erreicht, mit dramatischen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und letztlich auch die wirtschaftliche Entwicklung selbst; b) die Folgen kapitalistischen Wachstums haben zu einer planetarischen **ökologischen Krise** geführt, die weitere soziale Verwerfungen und rasant steigende wirtschaftliche Schäden produziert; c) die beiden beschriebenen Probleme haben Entwicklungen mit befördert, dass Konflikte um Ressourcen neben ungerechten Handelsabkommen und Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft auch verstärkt durch Kriege und Zerstörung ausgetragen werden. Damit ist die Frage der **globalen Migration** zu einer nicht mehr hintergehbaren Herausforderung geworden. Die Gesellschaften des Nordens sind zu Einwanderungsgesellschaften geworden. Eine Abschottung gelingt nur unter Aufgabe menschenrechtlicher Standards und linker Ansprüche wie die nach Solidarität und Antirassismus. Kurz: es geht um die **Frage einer neuen ökologischen, geschlechtergerechten Sozialstaatlichkeit offener Einwanderungsgesellschaften im 21. Jahrhundert**, die auf unterschiedlichen Ebenen, von der Kommune, über die Region, die nationalstaatliche, die europäische bis zur internationalen Ebene – eben transnational – entfaltet werden muss. In all diesen Punkten gibt es deutliche Kontroversen innerhalb der gesellschaftlichen Linken. Entscheidend ist für uns im Sinne des unmittelbaren Wirkungsfeldes dabei zunächst die kommunale und nationale Ebene: Wie kann also ein inklusiver und geschlechtergerechter Sozialstaat aussehen, der die transnationalen Problemlagen berücksichtigt und Teilhabe und soziale Rechte nicht an formelle Bürgerschaft bindet?
2. Die Leistungen des Sozialstaats waren immer eng gekoppelt an spezifische Produktions- und Lebensweisen, an ein spezifisches Modell der Erwerbsarbeit und der Reproduktion. Erwerbsarbeit, Reproduktionsmodell und Sozialstaat haben sich jedoch stark verändert. Viele Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit wie Sorge- und Pflegearbeit (care), die früher nahezu ausschließlich privat und unentgeltlich von Frauen erbracht wurden, werden heute als Erwerbsarbeit erbracht. Dies hat nicht nur Konsequenzen für die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Rente – denn Care-Arbeit wird immer noch als mehrheitlich weibliche und migrantische Arbeit organisiert und i.d.R. deutlich schlechter entlohnt. Die Zunahme bezahlter Sorge-Arbeit und ihre zunehmend privatwirtschaftliche Organisierung wirft auch Fragen nach Grenzen kapitalistischer Inwertsetzung von Fürsorge (neu) auf. Damit stellt sich aber auch die Frage nach Re-Kommunalisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinvorsorge.

Die Entkopplung einer sanktionsfreien sozialen Mindestsicherung von der eigenen Erwerbslage muss sicherlich ein Baustein sein, der jedoch nicht hinreichend

ist und zudem innerhalb der gesellschaftlichen Linken umstritten.<sup>1</sup> Insofern stellt sich die zentrale Frage in welcher Weise sich das **Verhältnis von Erwerbs- und Sorgearbeit, Familie/Wahlverwandtschaften und Sozialstaat** verändert, und in welcher Weise eine **Re-Regulierung** dieses Verhältnisses eine neue Sozialstaatlichkeit begründen kann? In den Debatten um Care, Fürsorge oder soziale Reproduktion werden die beschriebenen Transformationen – nämlich der Wandel der Arbeits- und Lebensweisen, die Veränderung von Sozialstaatlichkeit, die Transnationalisierung und globale Verschiebung von Arbeit und Care sowie forcierte Inwertsetzungen – gegenwärtig intensiv diskutiert. Hieran könnte ein Forschungsvorhaben anschließen.

Von diesen beiden Forschungsfeldern/-fragen ausgehend erhoffen wir uns von dem eingereichten Forschungsprojekt a) eine **Analyse des Ist-Zustandes und der gegenwärtigen Veränderungen des Sozialstaates in Reaktion auf die Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und die unhintergehbare Tatsache, dass die fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften heute Einwanderungsgesellschaften** sind; b) eine Analyse der Widersprüche, Bruchstellen, Ansatzpunkte für **emanzipatorische und verbindende Konzepte** einer neuen geschlechtergerechten und migrationsfreundlichen Sozialstaatlichkeit; c) Überlegungen zu einer neuen, **zeitgemäßen Architektur der Sozialstaatlichkeit**, die emanzipatorischen Ansprüchen genügt d) und schließlich welche **gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse** sind dafür vorhanden bzw. müssten verändert werden, welche **verbindende Perspektiven und Kämpfe** sind in der Lage solche emanzipatorischen Konzepte zur Durchsetzung zu verhelfen?

Wie wären diese vier Fragestellungen konzeptionell – in linker bzw. sozialistischer Perspektive – zu entwickeln? Welche konkreten Ansätze und Beispiele gibt es bereits, welche werden erprobt? Welche Felder sind dabei strategisch von besonderer Bedeutung, in denen die Linke einen Unterschied machen kann, im Sinne realer Möglichkeiten für linke Bewegungen, Parteien, (Kommunal- und Landes)Regierungen? Inwiefern bedarf es dazu eines Einstiegs in ein verändertes, alternatives Modell von Produktions- und Lebensweise? Welche demokratischen Verfahren sind geeignet einen solchen Sozialstaat des 21. Jahrhunderts aus seinen alten paternalistischen und patriarchalen Formen zu befreien und vielfältige, jeweils bedürfnisgerecht gestaltete Angebote zu gewährleisten, soziale und politische Teilhabe zu ermöglichen?

Selbstverständlich kann kein Post-doc all diese Fragen zugleich beantworten – die vorliegende Skizze soll vielmehr den Rahmen beschreiben, in dem einzelne Projekte sich bewegen könnten.

---

<sup>1</sup> Eine erneute Diskussion des in der gesellschaftlichen Linken und der RLS weithin diskutierten bedingungslosen Grundeinkommen ist damit nicht intendiert.

**Wir erwarten:**

- Bewerbungen für ein Post-doc aus dem Bereich der Sozialwissenschaften, die mindestens eine der beiden Fragestellungen (1 und 2) bearbeiten mit einem qualifizierten Exposé und einem Arbeits- und Zeitplan für 3 Jahre
- Geplantes Ergebnis (kumulative) Habilitation, Buchprojekt, Forschungsbericht)
- Bewerbung durch Post-doc-Aspirant\*in mit einer nachzuweisenden Anbindung an eine Forschungsinstitution
- den Nachweis einer institutionellen Anbindung mit aktiver, inhaltlicher Kooperationszusage durch die aufnehmende Institution (Universität, Institut oder Forschungszusammenhang);
- den Nachweis der Form der Einbindung in konkrete Forschungen zum Thema und in die Lehre;
- die Bereitstellung von Büroplatz, Telefon und sonstiger Infrastruktur für den/die Post-Doktorand\*in
- die Durchführung gemeinsamer Kolloquien, Workshops oder Konferenzen zwischen aufnehmender Institution und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Weitere einzureichende Dokumente:
  - Motivationsschreiben
  - Lebenslauf
  - Gutachten der Institution zum geplanten Forschungsvorhaben
  - Zeugnisse, Urkunden
  - Nachweise für (politisches) Engagement

**Frauen werden besonders zur Bewerbung aufgefordert und bei gleicher Eignung bevorzugt.**

Bewerbungsschluss ist der **31.8.2019**; die Bewerbung erfolgt über:

Rosa Luxemburg Stiftung  
Dr. Anne Rohwedder  
Personalreferentin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

E-Mail: [bewerbung@rosalux.de](mailto:bewerbung@rosalux.de)